

Die Folge unverträglicher Verdichtung wäre ein Verlust an Attraktivität der Stadt als Lebensraum, gerade auch für jüngere Familien. Zunehmende Widerstände aus der Bevölkerung zeigen, dass diese Problematik, allerdings nicht in jedem Fall zu Recht, wahrgenommen wird. Es besteht aber auch die Gefahr der Verstärkung des Entstehens von „Hitzeinseln“. Sowohl allgemeine stadtentwicklungspolitische Ziele als auch explizite Klimabelange drohen bei zu hoher Verdichtung konterkariert zu werden.

„Dichte“ ist also kein Wert an sich und es ist daher nicht auszuschließen, dass es nach sorgfältiger Abwägung geboten ist, einer Neuversiegelung von Flächen den Vorzug zu geben, trotz des unzweifelhaft richtigen Zieles, diese auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

So plant in der Bundesrepublik zurzeit selbst die Stadt Freiburg, eine der Vorreiterinnen nachhaltiger Stadtentwicklung, mangels tragfähiger Alternativen ein neues Baugebiet für ca. 10.000 Einwohner unter Inanspruchnahme bisher unversiegelter Flächen.

Von besonderer Bedeutung ist gerade aber auch angesichts der Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit den Flächen die regionale Zusammenarbeit. Auch sie fördert die Optimierung der Flächennutzung und effiziente Ausnutzung (bestehende) Infrastruktur. Die Thematik kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Als ermutigendes Beispiel dafür, dass diese Erkenntnis zunehmend Verbreitung erfährt, sei auf den "Regionalen Flächennutzungsplan" von sechs Städten in der Region Ruhr hingewiesen.

ÖKONOMISCHER STRUKTURWANDEL

Die Ökonomie der Zukunft wird stark beeinflusst durch die „digitale Revolution“. Diese birgt durchaus die Chance, sich zu Gunsten der Städte auszuwirken. Die zu beobachtenden neuen Formen der Kultur- und Wissensproduktion haben häufig eine Affinität zu innerstädtischen Quartieren.

Die Stadt übernimmt dabei die Funktion eines „Zufallsgenerators“¹ für Kontakte, Informations- und Austauschgelegenheiten. Sie ist wesentliche Voraussetzung für neue Formen von Beschäftigung und neue urbane Lebensstile.

Die Geschwindigkeit des Strukturwandels ist dabei enorm. So wird die „digitale Revolution“, ganz wesentlich auch die weitere Entwicklung des industriellen Sektors, beeinflussen. In der Bundesrepublik firmiert dieser Prozess unter dem Begriff „Industrie 4.0“. Die Auswirkungen auf die Allokation der Produktionsstandorte und damit der Arbeitsplätze ist zurzeit noch kaum absehbar.

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich aufgrund dieser Entwicklung weitere Möglichkeiten einer stärkeren Nutzungsmischung ergeben. Auch dieses, zum Beispiel im Hinblick auf „kurze Wege“ unter Umweltaspekten grundsätzlich richtige Ziel bedarf allerdings einer sorgfältigen Prüfung vor dem Hintergrund der jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen. Zur nach wie vor bestehenden Notwendigkeit der Reduzierung unverträglicher Beeinträchtigungen der Funktion „Wohnen“ durch unterschiedliche Lärmquellen, so neben dem Gewerbelärm durch Verkehrslärm, müssen (rechtliche) Steuerungsinstrumente zur Verfügung stehen. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch übermäßigen Lärm sind inzwischen durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang ferner auf die soziale Komponente. Wie Analysen zeigen, sind in Städten häufig gerade die Wohnstätten sozial schwächerer Schichten in Bereichen, die stärkeren Lärmimmissionen ausgesetzt sind.

¹ Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter : Stadtpolitik, S.369; Edition Suhrkamp, Bd.2512, Suhrkamp Verlag; Frankfurt/Main 2008

Im Zusammenhang mit der „digitalen Revolution“ bedarf auch das Thema „Smart City“ wenigstens der Erwähnung. Auf eine Definition wird hier verzichtet. Es gibt vielfältige Ansätze. Effizienzsteigerungen städtischer Systeme mithilfe der Informationstechnologie stellen ganz sicher in vielerlei Hinsicht eine Chance für die Stadt dar. Allerdings sind Konzepte und (Pilot-)Projekte aktuell überwiegend technologiegeprägt. Eine Ursache dafür dürfte in der starken Rolle der Industrie im derzeit laufenden Prozess liegen, die hier zu Recht eine neue interessante Erwerbsquelle sieht. Umso mehr ist aber die Einbeziehung auch der gesellschaftlichen Komponente dringlich.

Man muss es nicht so drastisch wie Hans Magnus Enzensberger formulieren, der vor einigen Wochen unter der Überschrift „Wehrt euch“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) gesagt hat: „Smart sind nicht diese Geräte oder die sie benutzen, sondern die Sie uns anpreisen, um unermessliche Reichtümer anzuhäufen und gewöhnliche Menschen zu kontrollieren.“ (FAZ v. 01.03.2014, S. 9)

Sehr viel differenzierter (und ausführlicher) hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, unter der Überschrift „Warum wir jetzt kämpfen müssen“ eine Diskussion zu dem Thema angestoßen (FAZ v. 06.02.2014, S. 25). Im Zuge dieser Diskussion hat der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer SE, Matthias Döpfner, in einer Replik auf einen Artikel von Eric Schmidt, dem Chef von Google, ausgeführt: „Die Diskussion über die Macht von Google ist also keine Verschwörungstheorie von Ewiggestrigen. Sie [Eric Schmidt, d. Verf.] selbst sprechen von der neuen Macht der Macher, Eigentümer und Nutzer. Bei den Nutzern bin ich da langfristig nicht so sicher. Da folgt auf Macht schnell Ohnmacht. Und genau deshalb müssen wir diese Diskussion im Interesse eines langfristig gesunden Ökosystems der Digital-Ökonomie jetzt führen. Das betrifft den Wettbewerb, aber nicht nur den ökonomischen, sondern auch den politischen. Es betrifft unsere Werte, unser Menschenbild und unsere Gesellschaftsordnung weltweit und-aus unserer Perspektive-vor allem die Zukunft Europas.“ (FAZ v. 16.04.2014, S. 9)

Vor diesem Hintergrund bedarf es auch und gerade in den Städten dringend einer kritischen Reflexion, welche Elemente der digitalen Welt von der öffentlichen Hand gefördert werden und welche Elemente im Interesse von Werten, Menschenbild und Gesellschaftsordnung trotz technischer Möglichkeit und vielleicht auch positiven Effekten wie Effizienzsteigerung nicht zur Verwendung kommen sollten.

DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Für die Bundesrepublik ist die Kurzcharakteristik des demographischen Wandel s: „weniger, älter, bunter“ schon fast zum „geflügelten Wort“ worden.

Auf Ausführungen zum Thema „weniger“ wird hier verzichtet. Nach Datenlage ist es für die Stadt Wien auch bei einer längeren zeitlichen Perspektive nicht relevant.

Das „älter“, also die Veränderung der Alterspyramide hin zu einem höheren Anteil älterer Menschen stellt für die Städte unabhängig davon, ob sie von Bevölkerungswachstum oder-rückgang geprägt sind, eine erhebliche Herausforderung dar.

Wir haben die Aufgabe, die Stadt in all ihren Bestandteilen auch altersgerecht zu gestalten. Es geht also nicht nur um die Wohnung sondern auch um die Gewährleistung der Möglichkeit, aktiv am Leben in der Stadt teilzunehmen. Vordringlich ist dabei die Gewährleistung der Daseinsvorsorge mit dem Ziel, den älter werdenden Menschen möglichst lange das Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Hier gibt es direkte Interventionsmöglichkeiten wie zum Beispiel die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes oder des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), aber auch indirekt wir-